

Haushaltsrede 2024

Fraktion CDU/Freie Wähler



**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Zaffran,
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Ratsmitglieder,
sehr geehrte Zuhörer und Vertreter der Presse!**

Die Einbringung des Doppelhaushalts für die Jahre 2025/2026, gehört sicherlich zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten eines Jahres. Er ist von Informationen und Nachrichten geprägt, welche uns erhebliche Sorgenfalten auf die Stirn treiben.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, die Rahmenbedingungen sind schwieriger denn je! Die finanziellen Herausforderungen sind weitaus komplizierter als in den Jahren zuvor – in den Kommunen, im Kreis, im Land und im Bund.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das, was sich in der weltpolitischen Lage aktuell abzeichnet, zieht leider auch direkte Konsequenzen auf unser Leben hier vor Ort nach sich und hat konkrete Auswirkungen auf unsere finanzpolitische Lage.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Krieg im Nahen Osten, sich verstärkende Spannungen zwischen Staaten weltweit, große Flüchtlingsbewegungen, Energiekrise, Inflation, Klimawandel, Extremwetterlagen, die nicht länger extrem, sondern zur neuen Normalität werden. Die Welt befindet sich in einem Dauerstress, in einem anhaltenden Krisenmodus.

Aufgaben, die wir kraft Gesetzes zu stemmen haben, sind fast unendlich: Klimaschutz, Strom- und Wärmeversorgung, bezahlbarer Wohnraum, Digitalisierung, Flüchtlingsmanagement, Bildung – um nur einige zu nennen. Die Bewältigung des Fachkräftemangels spüren auch die Kommunen immer stärker. Vom langen versprochenen Bürokratieabbau ist leider noch nichts angekommen.

Die Menge an zu erfüllenden Aufgaben ist zu einem richtigen Kraftakt geworden. Die schwierige finanzielle Lage macht die Aufgabenerfüllung nicht leichter.

Für unsere Probleme, für die zukünftige finanzielle Schieflage – das möchte ich hier auch festhalten – sind hier hauptsächlich externe Faktoren verantwortlich.

Vor allem die fehlenden Mittel von Bund und Land lassen uns, bei dem kaum zu bewältigenden Aufgabenberg, im Regen stehen. Circa 90 – 97 % des Haushaltes sind durch die Erfüllung von Pflichtaufgaben verplant. Bei vielen Investitionsentscheidungen ist momentan noch nicht geklärt, ob und in welcher Höhe die Förderprogramme greifen.

Nicht nur Bad Wimpfen, viele Kommunen landauf, landab stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Ohne die Hilfe von Bund und Ländern werden die Städte und Gemeinden es in Zukunft wohl kaum schaffen, ihre kommunalen Haushalte im Sinne der Bürgerinnen und Bürger solide zu planen, geschweige denn ausgeglichen aufzustellen.

Bad Wimpfen lebte lange in „gesicherter Armut“, weswegen zwingend notwendige Investitionen in die Infrastruktur und Pflichtaufgaben nicht angegangen werden konnten.

Diese Versäumnisse kommen nun vor allen Dingen im Bereich der Bauunterhaltung sowie in grundlegenden Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Wasser und Abwasser zum Tragen. Erschließungs-/Straßenbau-/Kanalbaumaßnahmen sind vorgesehen – notwendige und sinnvolle Investitionen.

Viele unserer Immobilien müssen genauso wie unsere städtische Infrastruktur grundlegend saniert oder komplett neu gebaut und errichtet werden. Wir werden es uns auf Dauer nicht mehr leisten können 74 städtische Gebäude im Bestand zu behalten.

Alleine die Kosten für die energetische Sanierung sind nicht zu stemmen. Der Verkauf von Bestandsgebäuden ist unumgänglich.

Bund und Land übertragen immer mehr zusätzliche Aufgaben, schrauben die Ansprüche nach oben, ohne zugleich für eine auskömmliche und dauerhafte Finanzierung zu sorgen. Beispielfhaft sind hier das Ganztagsförderungsgesetz und der Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung in der Grundschule zu nennen.

Hinzu kommt eine völlig unrealistische Zeitschiene, welche die Kommunen zwingt, in kurzer Zeit personelle und finanzielle Mittel zu mobilisieren, um politische Versprechungen wenigstens annähernd im vorgesehenen zeitlichen Rahmen zu erfüllen.

Investitionen in Kinder sind alternativlos. Ein Recht auf einen Kita-Platz, Ganztagesbetreuung für alle Grundschulen eine tolle Sache –wer wollte da widersprechen? Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf will man verbessern und somit müssen auch die Betreuungsangebote an den Grundschulen ausgedehnt werden. Dieser Anspruch darf sich aber nicht allein an die Städte und Gemeinden richten.

In den letzten Jahren haben wir kontinuierlich in den Ausbau und in die Ausstattung von Kindertagesstätten sowie in die Schulkindbetreuung investiert. Gleichzeitig steigen die vorgegebenen Qualitätsstandards beim Bauen, aber auch die Vorschriften im laufenden Betrieb, immer weiter an. Mit dem Ergebnis, dass unser Abmangel immer weiter ansteigt und unseren Ergebnishaushalt belastet.

Um mit den Schulen den Weg ins digitale Zeitalter dauerhaft und erfolgreich zu gehen, benötigt es neben guten Konzepten und der Veränderungsbereitschaft ganz viel Geld, denn die Digitalisierung ist eine Daueraufgabe. Hierfür müssen die Länder umdenken. Die Kommunen benötigen langfristig mehr Haushaltsmittel. Aus dem laufenden Schulbudget kann dies nicht finanziert werden.

Wir investieren in unseren Bildungsstandort Bad Wimpfen allein in das Hohenstaufen-Gymnasium über 40 Mio. Euro als herausragende Investition in Bildung. Dies wird unseren Haushalt in den nächsten Jahren prägen.

Für die Sanierung des Musiksaals in der Ludwig-Fronhäuser-Schule sind Kosten von rund 570 T€ eingeplant. Ein entsprechender Zuschuss wird beantragt.

Der Kindergarten Neutor wird generalsaniert, im Kindergarten Weimarstraße wird in die Außenanlage investiert, für den Kindergarten Wolfsberg ist die Anbringung einer Fotovoltaikanlage vorgesehen. Für das Jahr 2025 und 2026 sind jeweils 50 T€ als Planungsrate für den Bau eines Naturkindergartens im Jahr 2027 eingestellt.

Zu nennen sind auch andere Bereiche wie die Mobilitätswende, Wärme und Klimaneutralität. Hierfür benötigen die Kommunen eine auskömmliche finanzielle Unterstützung. Derzeit ist noch nicht geklärt, ob und in welcher Höhe Zuschüsse und Förderprogramme kommen. Bei der Debatte zum Haushaltsentwurf der Landesregierung zitiere ich nun Fraktionschef Hagel: „Wir können zu einem Vorbild beim Klimaschutz werden, wenn wir uns endlich darauf konzentrieren, dass wir in die Welt nicht Moral exportieren, sondern dass wir Ideen und Maschinen in die Welt exportieren.“ Die Planung und Ausführung von Windkraftanlagen erweisen sich als äußerst schwierig. Die im Bonfelder Wald geplanten Anlagen sind aus dem Regionalplan mittlerweile gestrichen. Bleibt abzuwarten was mit den geplanten Anlagen im Forst geschieht. Wenn ja, werden sie Geld in die Stadtkasse spülen, aber Klimapunkte vor Ort werden sie uns nicht bringen.

Eine starke Klimawende benötigt eine starke Wirtschaft.

Hier komme ich gleich zum nächsten Thema. Wir Kommunen haben den Auftrag der Daseinsvorsorge. Dieser müssen wir gerecht werden. Gleichzeitig sollen wir die Wirtschaft ankurbeln, was bedeutet schwierige Entscheidungen zu treffen. Unternehmen sind durch überbordende Bürokratie von der Inflation und politischen Entscheidungen wie beim CO₂-Preis direkt betroffen. Sie benötigen gerade in diesen Zeiten jeden Cent. Durch höhere Steuern fehlt Geld zur Sicherung von Arbeitsplätzen oder um notwendige Investitionen vorzunehmen.

Wir haben Gott sei Dank einen guten Branchenmix vor Ort. Den gilt es zu erhalten. Für Kleinunternehmen ist in wirtschaftlich schweren Zeiten jede Erhöhung schwierig zu stemmen und für die Großen ist es kein Problem durch Umstrukturierungen zu agieren. Die

Fraktion CDU/Freie Wähler hat sich gegen eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 370 v. H. ausgesprochen. Hier erhielten wir leider nur von der Fraktion FDP/UB Unterstützung. Wir haben davor gewarnt. „Weniger ist oft mehr“ ist unsere Devise.

Eine mutige Entscheidung haben der Bürgermeister und der Gemeinderat von Mulfingen getroffen. Statt wie in anderen Gemeinden den Hebesatz zu erhöhen, hat ihn Mulfingen gesenkt. Sie möchten die Firmen im Gegenzug ermuntern, mit Spenden an die Gemeinde, kommunale Projekte zu finanzieren. Ein spannendes Projekt. Auch wir in Bad Wimpfen sind immer wieder auf Spenden angewiesen, wie z. B. beim Speed Climbing Event, der langen Kunstnacht, dem Bürgerbus, um nur einige zu nennen.

Die Ausweisung des Gewerbegebietes am Landgraben halten wir für wichtig und richtig. Etwaige Verhinderungen tragen nicht zur positiven Entwicklung bei, ein starker Wirtschaftsstandort ist wichtiger denn je. Unser wichtigstes Ziel muss es sein, Bad Wimpfen als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Die Grundsteuerreform wird sehr emotional diskutiert. Die Verwaltung hat hier aufkommensneutral kalkuliert. Die Gemeinde hat nicht mehr Geld in der Kasse, aber einen riesigen Arbeitsaufwand. Durch die Reform kommt es zu einer Umverteilung. Der ein oder andere Bürger wird sich vermutlich ungerecht behandelt fühlen. Die Verwaltung und der Gemeinderat müssen dies hier vor Ort aushalten.

Trotz den großen Herausforderungen wurden bei den Vereinen und beim Ehrenamt keine Kürzungen vorgenommen. Das Ehrenamt ist die Grundlage unserer Gemeinschaft. Ehrenamt steht für Gemeinschaft und Identität, sichert und gestaltet die Grundlagen für unser gesellschaftliches Miteinander. Dies wird in Bad Wimpfen vorbildlich gelebt. Ein herzliches Dankeschön an alle Bürgerinnen und Bürger die sich hier für das Allgemeinwohl engagieren. Wir profitieren alle davon, wenn sich Menschen ehrenamtlich einbringen.

Für die Kommunen heißt es nun in der Not zu sparen. Vieles was in der Vergangenheit selbstverständlich war, werden wir in Zukunft hinterfragen und auch eventuell streichen müssen. Kosten für Freiwilligkeitsleistungen wie ein Freibad, Kulturprogramme, Veranstaltungen, um nur wenige zu nennen, werden die Verwaltung und den Gemeinderat fordern und so manche hitzige Debatte auslösen.

Ich zitiere nun sinngemäß noch Worte von Ministerpräsident Kretschmann am 6.12.2024 bei der Kundgebung der Bürgermeister aus Baden-Württemberg: Die öffentliche Hand hat ein Einnahmen- und Ausgabeproblem.

Dies sollte uns zu denken geben. Er sieht harte, schwere Zeiten auf uns zukommen. Die wirtschaftliche Lage ist schlichtweg dramatisch.

Die nächsten Wochen verheißen da nichts Gutes. In Wahlkampfzeiten regiert eher ein fröhliches Wünsch-dir-was.

Es bleibt festzuhalten, dass wir mit noch mehr Mut daran gehen müssen, Ausgaben zu überprüfen, Einnahmepotenzial auszuschöpfen und wünschenswerte Projekte zu reduzieren, zu verschieben oder gar aufzugeben.

Stadträtin/Stadtrat oder Führungskraft in unserem schönen Bad Wimpfen zu sein, heißt:

Unser lebens- und liebenswertes Bad Wimpfen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wenn es uns gelingt dies umzusetzen werden wir unserer Verantwortung für die heutige und die nachfolgende Generation gerecht.

Verantwortung übernehmen und sich darüber bewusst zu sein, dass die Grenzen der Finanzierbarkeit aufgrund der dargestellten Lage – ohne ein aktives Gegensteuern – erreicht sind.

Im Namen der Fraktion CDU/Freie Wähler danke ich Herrn Bürgermeister Zaffran für die konstruktive Zusammenarbeit, den Amts- und Fachbereichsleiterinnen und Leitern, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Bad Wimpfen für die geleistete Arbeit. Ein ganz besonderer Dank geht an unseren Kämmerer Herrn Kempf für die Erstellung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes. Er umfasst immerhin 463 Seiten und somit 30 Seiten weniger als vor zwei Jahren. Eine Herausforderung in diesen unkalkulierbaren Zeiten.

Danke an die Kolleginnen und Kollegen für das gute Miteinander.

Ein politisch wie wirtschaftlich unsicheres Jahr geht zu Ende. Zusammenhalt kann Veränderung schaffen. Ich wünsche uns den Mut, trotz aller schwierigen Umstände optimistisch auf das Jahr 2025 zuzugehen.

Die Fraktion CDU/Freie Wähler stimmt der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2025/2026 zu.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit

Gabriele Kellhammer

Fraktionsvorsitzende